

Guten Abend....

die MZ hat es veröffentlicht, wir konnten es alle lesen- die AÖR und Stadt verzichten auf eine Revision des Urteils vom Verwaltungsgericht zur Festsetzung der erhöhten Abwasserabgaben, sprich Strafzahlungen. Das ist unter anderem auch unseren Aktivitäten bei den Verwaltungsratssitzungen, den Diskussionen auf dem Markt und natürlich der aktiven Beobachterrolle von Vertretern des Vorstandes der Bürgerinitiative zu verdanken. Dafür einen großen Dank an unsere Prozessbeobachter und insbesondere an Wolfgang, der für alle sehr intensiv die fachliche Aufarbeitung betrieben hat.

Ich möchte mich heute mit zwei Problemkreisen auseinandersetzen.

Der erste hängt mit der Gleichstromtrasse zusammen und ich möchte dies zwar nur kurz behandeln, aber, auch wenn die "Trasse des Zorns" nicht unser Hauptbetätigungsfeld ist, nicht komplett außer Acht lassen. Die Energiewende stellt sich für jeden von uns durchaus verzwickelt, intransparent und zweifelhaft dar. In unserer Heimat sind wir bereits von Windmühlen eingekreist, da spielt es bei den verantwortlichen Leuten keine Rolle mehr, die Gegend ist sowieso schon verschandelt. Ich denke, verhindern kann man die Gleichstromtrasse nicht. Der hier produzierte Strom muss in den Süden gebracht werden, dahin, wo er gebraucht wird. Ohne Strom keine Wirtschaft, kein normales Leben. Strom ist lebenswichtig- deshalb bin ich in diesem Fall für die Befreiung der betroffenen Bürger entlang der geplanten Gleichstromtrasse in einem festgelegten Korridor von z.B. drei bis fünf Kilometer Breite von der EEG-Umlage. Diese Menschen tragen mit der Last der Masten und vielleicht auch noch unerkannter Auswirkungen genug zur Energiewende bei. Das würde auch den Wertverlust der Grundstücke in den Ortschaften etwas ausgleichen. Dafür sollte sich jeder Politiker einsetzen!

Der zweite Themenkreis ist der Wahlkampf. Die CDU veröffentlichte auf der Website ein weiteres Interview. Herr Riemer gab seine Meinung preis. Das kann gar nicht unkommentiert bleiben.

Erstes Zitat „Wir sind die wirtschaftsstärkste Stadt im Burgenlandkreis...“ Das ist wohl wahr und kann nicht geleugnet werden. Das große Aber kommt hinterher. Sind wir deshalb auch die Stadt mit dem größten finanziellen Spielraum für die Bewältigung der kommunalen Aufgaben? Milliarden Umsätze werden in Weißenfels realisiert und was bleibt für das Gemeinwohl übrig- Strafzahlungen in Millionenhöhe, Abwälzung der Kosten für die Erweiterung des kommunalen Klärwerkes auf die Bürger, obwohl nur zum Nutzen der Lebensmittelindustrie insbesondere Tönnies. Das alles haben Sie

zuerst als FDP-Politiker und dann als Wechsler zur CDU in Ihrer Stadtratsarbeit mit organisiert.

Das zweite Zitat: „Inzwischen hat sich der Stadtrat das Thema der Satzungen auf dem Tisch gezogen und (auf Antrag der CDU) beschlossen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten zur Anwendung des Vorteilsprinzips und damit zur Entlastung der Bürger auszuschöpfen sind. Ob überhaupt diese Beiträge erhoben werden, ist zweifelhaft, da die Landesgesetzgebung abzuwarten ist.

Allerdings habe ich in den letzten Monaten den Eindruck, dass die Initiative, nachdem sie im Wesentlichen erfolgreich war, nun immer wieder neue Felder sucht, damit sich einzelne Vertreter profilieren können.“

Hier liegen Sie gleich mehrfach vollkommen daneben. Herr Riemer, der Stadtrat hat noch nicht einen Satz geschweige denn eine Satzung zu den Herstellungskostenbeiträgen diskutiert. Es gibt Null Vorschläge der CDU-Fraktion zu diesem Thema. Auch Sie persönlich haben bisher noch nicht ein Wort zum Problem Vorteilsprinzip fallen lassen. Was versteht denn die CDU-Stadtratsfraktion unter dem Vorteilsprinzip? Das wissen Sie doch selbst nicht. Deshalb widerspreche ich Ihnen, dass die Bürgerinitiative diesbezüglich erfolgreich war, es ist notwendig, weiter den Finger in die Wunde Satzungsrecht zu drücken... und das mit aller Entschiedenheit.

Und neue Felder brauchen wir nicht zu suchen- darüber fällt man in Weißenfels. War es nicht Gang und Gebe im Stadtrat, dass die wichtigen Probleme nicht zur Diskussion gestellt wurden.

Wie war es denn mit dem Mitwirkungsverbot in Fragen Abwasser durch Ihren Fraktionsvorsitzenden? Ohne Bürgerinitiative wäre es nicht ans Tageslicht gekommen.

Wie war es denn mit der geplanten Biogasanlage in Zorbau? Ohne die Bürgerinitiative hätten wir eine neue Industrieanlage vor die Nase gesetzt bekommen, hätten mit der Vergällung unserer Felder leben müssen.

Wie war und ist es mit der geplanten Gleichstromtrasse? Ohne die Bürgerinitiative würde bis heute kein Stadtrat davon etwas wissen- ob diese sich dafür interessieren, ich glaube nein, Ihre Interviews sagen zu diesen Problemen nichts aus. Die Bürger der Stadt Weißenfels können sich glücklich schätzen, dass sie uns haben. Wir haben aufgedeckt, haben Initiativen ins Rollen gebracht, haben mehr Ehrlichkeit und Transparenz nicht nur gefordert sondern auch teilweise eingeholt. Das hat nichts mit Profilierung zu tun, sondern mit Bürgerinteresse und Bürgernähe.

Im Übrigen kritisieren wir wirklich sehr direkt. Aber unsere Kritik richtet sich an die zu bewältigenden Probleme. Wenn hier und da auch ein verantwortlicher Stadtrat oder der Oberbürgermeister genannt werden musste, dann doch deshalb, weil diese Personen in irgendeiner Art und Weise dafür verantwortlich sind. Und dennoch reden auch wir mit Stadträten und dem Oberbürgermeister, und diese auch mit uns, das gehört eben auch dazu. Es wäre schlimm, wenn persönliche Affinitäten ausgetragen würden. Also, Herr Riemer, bitte keine solchen Unterstellungen.

Ach ja, noch eines möge gesagt werden. Es ist so ein Ding mit den Sprichwörtern.

Herr Riemer, welches nannten Sie doch in Ihrem Interview?

Zitat

„Es gibt ein Sprichwort: „Wer schreit, hat unrecht.“ Insofern sind die Lautesten nicht unbedingt die, die unsere Stadt voranbringen.“

Dann erinnern Sie sich bitte auch an die Stadtratssitzung im Januar, bei der Sie sehr laut und Ihre Contenance verloren gegangen waren.

Ein Sprichwort an der Stelle: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“

Danke